

„Wahrere“ Lebensmittelpreise als Baustein zur Transformation des Ernährungssystems

Strategiepapier der VERBRAUCHER INITIATIVE e.V. (Bundesverband)



Bundesverband

**Die Verbraucher
Initiative e.V.**

Informieren.
Motivieren.
Gestalten.

INHALT

• HINTERGRUND: DAS PROJEKT	3
• ZUSAMMENFASSUNG: „WAHRERE“ LEBENSMITTELPREISE ALS BAUSTEIN ZUR TRANSFORMATION DES ERNÄHRUNGSSYSTEMS	4
• HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN: OPTIONEN FÜR DIE TRANSFORMATION DES ERNÄHRUNGSSYSTEMS	11
• GLOSSAR: WICHTIGE BEGRIFFLICHKEITEN	15
• LITERATUR: BIBLIOGRAPHIE	16

IMPRESSUM

VERBRAUCHER INITIATIVE e. V. (Bundesverband)
 Berliner Allee 105, 13088 Berlin
 Tel. 030/53 60 73-3, Fax 030/53 60 73-45
 mail@verbraucher.org, www.verbraucher.org

STUDIENERSTELLUNG (02/2023)

Autor: Rafael Kaluza
 Unter Beteiligung von: Max Neu, Miriam Bätzing, Georg Abel (V.i.S.d.P.)
 VERBRAUCHER INITIATIVE e. V. (Bundesverband)
 Projekt: Der „wahre“ Preis

FÖRDERHINWEIS

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das
 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.
 Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Bundesministerium
 für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
 und Verbraucherschutz

Umwelt
 Bundesamt

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

DAS PROJEKT

Im Rahmen des vom *Umweltbundesamt* geförderten Projekts *Der „wahre“ Preis* hat sich die *VERBRAUCHER INITIATIVE* mit den externen Kosten von Lebensmitteln und mit der Frage, wie ein Weg zu „wahreren“ Lebensmittelpreisen aussehen und gelingen kann, beschäftigt. Das Projekt soll dazu beitragen, konkrete Handlungsoptionen aufzuzeigen und Empfehlungen an die relevanten Akteure aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft für die Zukunft des Ernährungssystems zu entwickeln. Es soll darüber hinaus einen Beitrag zu mehr Bewusstsein für die Folgeschäden unserer Lebensmittelwirtschaft leisten und damit auch die Position von Verbraucher*innen stärken.

Mehrere Bausteine wurden während des knapp zweijährigen Projekts durchgeführt. So gab es im Jahr 2021 u. a. eine (nicht-repräsentative) quantitative Verbraucherbefragung unter Leser*innen des verbandseigenen Verbrauchermagazins *Verbraucher konkret*. In

einer breit angelegten Studie wurden zudem qualitative Interviews mit fünf wissenschaftlichen Expert*innen und 21 relevanten Stakeholdern aus den Bereichen Lebensmittelerzeugung, -herstellung, -handel, Politik sowie Nichtregierungs- und Verbraucherorganisationen geführt. Anschließend fand im April 2022 ein Online-Fachworkshop unter dem Titel *Der „wahre“ Preis: Illusion oder realistische Utopie?* statt, bei dem mit Vertreter*innen aus den genannten Akteursgruppen u. a. über externe Kosten und den Weg hin zu „wahreren“ Lebensmittelpreisen diskutiert wurde. Ergänzend wurde 2022 die Online-Community *Was kostet(s) die Welt?* für Verbraucher*innen aufgebaut. Im Zuge der mehrmonatigen Laufzeit wurden mehrere Befragungen durchgeführt, wobei u. a. Einstellungen und Einkaufsverhalten der Teilnehmer*innen erhoben wurden. Die Erkenntnisse der verschiedenen Bausteine sind in der vorliegenden Kurzfassung eines politischen Strategiepapiers und in den konkreten Handlungsempfehlungen verarbeitet.

„WAHRERE“ LEBENSMITTELPREISE ALS BAUSTEIN ZUR TRANSFORMATION DES ERNÄHRUNGSSYSTEMS

Im gesamten Ernährungssystem entstehen entlang von Lebensmittelproduktionsketten erhebliche ökologische Folgeschäden. So ist die Produktion von Nahrungsmitteln beispielsweise für rund ein Drittel der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.^{1 2} Damit trägt sie in erheblichem Maße zum voranschreitenden Klimawandel bei. Dieser gefährdet aufgrund steigender Temperaturen, regionaler Wasserknappheiten und Bodenschädigungen wiederum die weltweite Ernährungssicherheit.

Neben den Klimaschäden hat das Ernährungssystem zahlreiche weitere Folgen für die Umwelt. So ist die Produktion von Lebensmitteln für 32 Prozent der Bodenversauerung und für 78 Prozent der Nährstoffübersättigung von Ökosystemen (Eutrophierung) verantwortlich.³ Zudem werden 70 Prozent des Verlustes an biologischer Vielfalt sowie 80 Prozent der weltweiten Entwaldung auf die Landwirtschaft zurückgeführt.⁴

Zu den Indikatoren für die vielen ökologischen Folgeschäden zählen neben den Treibhausgasemissionen u. a. Landnutzungsänderungen, der Einsatz von mineralischen Düngemitteln, der Einsatz von Pestiziden, die Tierhaltung und das Tierwohl, der Energieverbrauch, der Wasserverbrauch sowie Lebensmittelverschwendungen.

Das gegenwärtige Ernährungssystem einschließlich unseres Ernährungsverhaltens trägt damit erheblich zur Überlastung des Planeten bei. Hinzu kommen neben den ökologischen Auswirkungen auch gesundheitliche und soziale Folgeschäden. So steht eine ungesunde Ernährung mit zahlreichen Krankheiten wie Adipositas, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes in Verbindung.^{5 6} Die Empfehlungen der *Deutschen Gesellschaft für Ernährung* (DGE) für eine gesunde Ernährung zeigen, dass die durchschnittliche Ernährung der deutschen Bevölkerung deutlich davon abweicht. So wird hierzulande beispielsweise doppelt so viel Fleisch gegessen, wie von der DGE empfohlen. Auch werden zu viele gesüßte Lebensmittel und Getränke sowie hochverarbeitete Industrieprodukte konsumiert. Demgegenüber ist der Anteil von Obst, Gemüse und ballaststoffreichen Lebensmitteln wie Hülsenfrüchte und Nüsse an der Ernährung deutlich zu gering. Interessant ist, dass die Empfehlungen der DGE weitgehend mit der sogenannten *Planetary Health Diet* (deutsch: „planetare

*Gesundheitsdiät**) der *EAT-Lancet-Kommission*, einem Zusammenschluss aus 37 hochrangigen wissenschaftlichen Expert*innen, übereinstimmt. Diese liefert einen Referenzrahmen nicht nur für die menschliche Gesundheit, sondern auch für eine nachhaltige Ernährung, welche die planetare Gesundheit fördert und erhält.^{7 8} Das zeigt, dass eine gesündere Ernährung gleichzeitig die nachhaltigere Ernährung ist.

Indikatoren für soziale Schäden des Ernährungssystems sind z. B. schlechte Arbeitsbedingungen, keine existenzsichernden Löhne (Living Wages) oder Kinderarbeit. Diese gehen mit zahlreichen sozialen Folgen wie Hunger, einem schlechteren Zugang zu Bildung, einem Mangel an sozialer Teilhabe und Mitbestimmung sowie sozialer Ausgrenzung einher. Neben indirekten Folgekosten kann z. B. eine schlechte Bezahlung auch direkte Folgekosten verursachen, etwa dann, wenn Betroffene auf Unterstützungsleistungen vom Staat angewiesen sind. Gleichzeitig stehen die sozialen Indikatoren im Zusammenhang mit negativen Auswirkungen für die Gesundheit wie z. B. Unterernährung, Krankheiten oder Überlastung.⁹

Die vielfältigen und umfangreichen Folgeschäden des Ernährungssystems sind mit enormen Kosten verbunden. Eine Studie der *Boston Consulting Group* (BCG) aus dem Jahr 2019 beziffert allein die ökologischen Kosten der deutschen Landwirtschaft auf 90 Milliarden Euro zuzüglich 10 Milliarden Euro staatlicher Ausgaben jährlich.¹⁰ Diese Kosten werden in den Marktpreisen allerdings nicht abgebildet. Volkswirtschaftlich spricht man von sogenannten negativen externen Effekten oder auch externen oder versteckten Kosten. Das bedeutet, dass die finanziellen Folgen, die durch die Folgeschäden der Lebensmittelproduktion entstehen, nicht von den Verursacher*innen – also den Erzeuger*innen, Produzent*innen und Konsument*innen – getragen werden. Stattdessen müssen die Gesellschaft sowie künftige Generationen dafür aufkommen¹¹, z. B. in Form von Sozialversicherungsbeiträgen oder Steuergeldern.

Obwohl Kostenexternalisierung in eindeutigen Widerspruch zum *Polluter Pays Principle* (Verursacherprinzip) der Vereinten Nationen steht, ist sie gängige Praxis in unserem Ernährungssystem. Für Unternehmen ergibt sich daraus, dass sie keine finanziellen Anreize

haben, die Folgeschäden ihrer Produktion zu vermeiden – denn dies kostet in der Regel Geld und würde dazu führen, dass sie ihre Produkte zu höheren Preisen anbieten müssten. Mit anderen Worten: Nachhaltig zu wirtschaften, ist im derzeitigen Ernährungssystem ein Wettbewerbsnachteil.

Am Markt führt dies zu falschen Preissignalen¹², da in der Regel die Lebensmittelprodukte mit den größten Folgeschäden zu den billigsten Preisen angeboten werden. Für Verbraucher*innen ergibt sich daraus die folgende Situation: Sie freuen sich an der Kasse über einen vermeintlich niedrigen Preis, werden von den Schäden aber „eingeholt“ und müssen die Kosten am Ende trotzdem zahlen. Beispiele dafür können steigende Kosten für die Trinkwasseraufbereitung sein, wenn eine hohe Nitratbelastung des Grundwassers infolge von Überdüngung entsteht, oder die Reparaturkosten infolge von Extremwetterereignissen, die durch den fortschreitenden Klimawandel wahrscheinlicher werden. Eine britische Studie aus dem Jahr 2019 (*The hidden costs of UK food*¹³) kommt sogar zu dem Schluss, dass Verbraucher*innen letztlich das Doppelte des Marktpreises bezahlen. Unsere Lebensmittelpreise sagen also nicht die Wahrheit.

Expert*innen bezeichnen die Externalisierung von Kosten daher als „Marktfehler“¹⁴ oder sogar „Marktversagen“¹⁵. Da die tatsächlichen Kosten der Lebensmittel in den Preisen nicht abgebildet werden, führt dies zu einer unverhältnismäßig hohen Nachfrage der vermeintlich billigen Produkte – zumal einem Großteil der Verbraucher*innen konkretes Wissen über Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschäden, die bei der Lebensmittelproduktion entstehen, fehlt. Da die externen Kosten von Lebensmitteln auch nicht am Produkt bzw. Point of Sale (PoS) ausgewiesen werden, treffen Verbraucher*innen ihre Kaufentscheidungen daher stets auf Basis unvollständiger Informationen. Nachhaltig zu konsumieren, wird somit erschwert.

Die Auswirkungen des Systems der Kostenexternalisierung auf den wirtschaftlichen Wettbewerb und auf die Situation für Verbraucher*innen tragen somit einen erheblichen Teil zu den vielfältigen und hohen Folgeschäden des Ernährungssystems bei. „Wahre“ Lebensmittelpreise können ein wichtiger Baustein sein, um dieses System umzukehren. Würde man die externen Effekte zu den Produktionskosten hinzurechnen, könnte man in der Theorie den „wahren“ Preis von Lebensmitteln bestimmen. Im ersten Schritt würden die Folgeschäden des Ernährungssystems dadurch zwar nicht wegfallen, aber sie würden das Marktversagen beheben, wodurch die unterschiedlichen Akteure die

„wahren“ Kosten der Lebensmittel in ihre Entscheidungen miteinbeziehen könnten.¹⁶

Von „wahren“ Preisen ginge so eine Lenkungswirkung zugunsten nachhaltigerer Produkte aus. Denn wenn Lebensmittelpreise ihren tatsächlichen Kosten entsprächen, würde sich voraussichtlich auch die Nachfrage entsprechend verändern: Die Nachfrage nach Lebensmitteln mit hohen Folgeschäden würde sinken, da sie besonders teuer werden würden.¹⁷ Gleichzeitig würde die Nachfrage nach nachhaltigeren Produkten steigen, weil sie verhältnismäßig günstiger wären. Ein solches verändertes Konsumverhalten böte wiederum die Chance, dass auch die Produktionslandschaft nachhaltiger würde, denn dadurch entstünden starke Anreize für die Akteure der Lebensmittelbranche, nachhaltigere Produkte zu erzeugen, zu entwickeln und zu vermarkten. Kurzum: Folgeschäden zu vermeiden, würde sich finanziell lohnen.

In „wahren“ Lebensmittelpreisen liegt also das Potenzial für einen nachhaltigeren Konsum, für eine nachhaltigere Lebensmittelproduktion und damit für ein Ernährungssystem, in dem die vielen und hohen Folgeschäden deutlich reduziert werden können. Das klingt sehr vielversprechend, doch es ist wichtig, die methodischen Grenzen dieser Vision zu beachten.

Die Methodik zur Berechnung der „wahren“ Kosten eines Produkts, einer Dienstleistung oder eines Unternehmens wird als „True Cost Accounting“ bezeichnet. Dabei werden u. a. mithilfe von Lebenszyklusanalysen (LCA) oder Ökobilanzen Emissionen und Ressourcenverbräuche ermittelt. Mit sogenannten Cost-Benefit-Analysen werden die Folgeschäden anschließend monetarisiert, d. h. in Geldwerte übersetzt.¹⁸

Mehrere wissenschaftliche Studien haben sich bereits mit der ökonomischen Berechnung der externen Effekte von Lebensmitteln beschäftigt. Dabei fällt auf, dass sie sich in ihrem Aufbau und Umfang, etwa in den berücksichtigten Produktionsschritten oder den unterschiedlichen Indikatoren externer Effekte, stark unterscheiden. Dennoch lassen sich ein paar übergeordnete Ergebnisse aus (fast) allen Analysen ableiten. Erstens: Lebensmittel müssten deutlich teurer sein, wenn externe Effekte im Preis inbegriffen wären. Zweitens: Im Vergleich der Lebensmittelkategorien sind die versteckten Kosten von Fleischprodukten am höchsten, gefolgt von Milchprodukten. Die Produktion pflanzlicher Lebensmittel, insbesondere von Gemüse und Obst, hat dagegen am wenigsten externe Kosten zur Folge. Drittens: Der relative Preisanstieg wäre bei konventionell produzierten Lebensmitteln im Durchschnitt höher als

bei ökologischen Produkten, die relativen Preisunterschiede zwischen den beiden Produktionsweisen müssten daher geringer ausfallen.

Im Detail, etwa in den Dimensionen der berechneten externen Effekte, unterscheiden sich die Studienergebnisse aber deutlich. Das liegt daran, dass sich die Monetarisierung einzelner Indikatoren als extrem schwierig erweist. Für manche Indikatoren ist die Datenlage unsicher oder es gibt wenig etablierte Kostensätze.¹⁹ Für andere ist eine Monetarisierung generell umstritten, weil es sich bei den Folgen auch um ethische Fragestellungen handeln kann. Beispiele dafür können soziale Folgen, die Folgen von Tierleid oder auch der Wert einer ausgestorbenen Art sein. Nicht alles lässt sich in Preisen ausdrücken.^{20,21} Bei einfacher zu berechnenden Indikatoren, z. B. den Treibhausgasemissionen, werden in den Berechnungen in der Regel Durchschnittswerte dargestellt. Die spezifische Untersuchung unterschiedlicher Produktionsweisen, etwa innerhalb der biologischen Erzeugung, wäre mit einem sehr hohen Aufwand verbunden.²² Eine differenzierte Betrachtung der externen Effekte jedes einzelnen Lebensmittels insbesondere bei hochverarbeiteten Produkten erscheint dementsprechend (derzeit) nahezu unmöglich.

Die Berechnung der externen Effekte von Lebensmitteln ist demnach gegenwärtig noch in der Entwicklung. Eine exakte Berechnung möglichst aller externer Effekte von Lebensmitteln und deren Internalisierung in die Produktpreise erscheint vor diesem Hintergrund momentan (noch) utopisch. Doch es muss bei der Internalisierung externer Effekte gar nicht darum gehen, eine Cent-genaue Bepreisung zu erzielen. Die Berechnungen dienen zunächst einmal als ein Instrument zur Bewusstseinsbildung und dazu, mehr Transparenz zu schaffen.^{23, 24, 25} Denn sie verdeutlichen die ökonomischen Dimensionen der Folgeschäden und zeigen, dass der Gesellschaft das aktuelle System langfristig sehr viel teurer zu stehen kommt als eine Veränderung in Richtung eines nachhaltigeren Systems.

Der „wahre“ Preis wird von der *VERBRAUCHER INITIATIVE* daher als ein anzustrebendes Ideal definiert, vergleichbar mit Gerechtigkeit oder Frieden. Das Ziel ist demnach eine stetige Annäherung an das Ideal und somit das Erreichen „wahrerer“ Preise, in denen weniger Kosten externalisiert sind. Jedes Instrument zur Vermeidung oder Internalisierung externer Kosten ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Diese Denkweise erlaubt es, über verschiedene (politische) Maßnahmen nachzudenken, um sich dem Ideal „wahrer“ Preise stetig anzunähern und somit die Folgeschäden des Ernährungssystems sukzessiv zu reduzieren.

Insgesamt gibt es erkennbare politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamiken in Richtung eines allgemein nachhaltigeren Ernährungssystems, aber auch speziell beim Thema der Vermeidung und Internalisierung externer Kosten und damit der Schaffung von „wahreren“ Lebensmittelpreisen. Politische Institutionen wie die *Zukunftskommission Landwirtschaft* oder auch die Europäische Union in ihrer *Farm-to-Fork*-Strategie haben das Thema platziert. Auch in der Lebensmittelbranche gibt es Bewegung, etwa in Form von einzelnen Pilotprojekten oder Veranstaltungen zum Thema.

Einige Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Verbände und Unternehmen beteiligen sich zudem an Projekten und Initiativen, um True Cost Accounting methodisch voranzubringen und öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen. Hervorzuheben ist dabei die Initiative *True Cost – From Cost to Benefit in Food and Farming* (kurz: True Cost Initiative), die aus einem Netzwerk aus Unternehmen, NGOs, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Wissenschaftler*innen besteht. Ziel der *True Cost Initiative* ist es, eine transparente und ganzheitliche Berichterstattung über die ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen von Unternehmen zu ermöglichen. Dazu wurden Leitlinien für eine standardisierte Methode des True Cost Accounting entwickelt und in dem Handbuch *True Cost Accounting Agri Food Handbook* im Frühjahr 2022 veröffentlicht.²⁶ Das Handbuch soll eine praktische Anleitung für Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft darstellen, um die externen Effekte innerhalb ihrer Lieferketten systematisch messen, bewerten und ausweisen zu können. True Cost Accounting wird dementsprechend nicht nur dazu verwendet, um die externen Effekte von Lebensmittelprodukten zu berechnen. Die Methode steht auch im Zentrum einer Debatte um das generelle Verständnis des Gewinns von Unternehmen. Prominente Akteure wie die *True Cost Initiative* fordern eine Reform der gesamten Bilanzierung von Unternehmen, bei der nicht nur das Produktionskapital, sondern auch die ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen ihrer Tätigkeiten entlang der Kapital-Bereiche Natur-, Human- und Sozialkapital berücksichtigt werden.²⁷

Eine reformierte Rechnungslegung könnte sich wiederum an den Finanzmärkten auswirken, wo Nachhaltigkeitskriterien schon jetzt an Bedeutung gewinnen. So werden diese z. B. immer stärker in den Risiko-Bewertungen von Zentralbanken, Banken und Versicherungen berücksichtigt. Hohe externe Kosten könnten z. B. ein Risiko für die langfristige Rohstoffbeschaffung eines Unternehmens bedeuten. Bei der Entscheidung für eine Kreditvergabe werden diese Risiken bereits von einigen

Kreditinstitutionen miteinbezogen. Investmentgesellschaften wie *BlackRock* und große Ratingagenturen wie *Moody's*, *Fitch* oder *Standard&Poor's* berücksichtigen ebenfalls immer mehr Nachhaltigkeitskriterien bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit.^{28 29}

Die Dynamiken in den verschiedenen Bereichen sind wichtig, da der Umbau in Richtung eines nachhaltigeren Ernährungssystems mit „wahren“ Lebensmittelpreisen, das weniger Schäden zur Folge hat, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Die Politik ist zwar der hauptverantwortliche Akteur, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen, doch andere Akteure stehen ebenfalls in der Verantwortung, den Umbau zu begleiten, zu unterstützen und zu forcieren. Dazu zählen die gesamte Lebensmittelbranche aus Erzeuger*innen, Hersteller*innen und dem Handel, NGOs und Verbraucherorganisationen, die Wissenschaft, die Finanzwirtschaft sowie Verbraucher*innen selbst.³⁰

Verbraucher*innen kommt dabei eine zentrale Rolle zu, weil sie es sind, die ihren Konsum letztlich nachhaltiger gestalten müssen. Dafür sind Veränderungen von Einkaufs- und Ernährungsgewohnheiten unabdingbar. Die Bereitschaft dafür ist vielen Studien zufolge hoch. Verschiedene Umfragen zeigen ein großes Umweltbewusstsein, eine hohe Bereitschaft für nachhaltigeren Konsum und auch eine große Zahlungsbereitschaft, sollten Preise steigen.^{31 32 33 34 35 36} Doch zwischen Bewusstsein und Bereitschaft auf der einen sowie dem tatsächlichen Verhalten auf der anderen Seite klafft zuweilen eine große Lücke. Dieses Phänomen wird als „*Consumer-Citizen-Gap*“ oder auch als „*Attitude-Behaviour-Gap*“ bezeichnet. So entscheidet sich ein großer Teil der Verbraucher*innen an der Ladenkasse eben doch für billige Lebensmittel, ungeachtet der gesundheitlichen und ökologischen Folgeschäden.³⁷ Die derzeitigen Entwicklungen in Zusammenhang mit der Inflation verstärken den Faktor Preis bei der Auswahl von Konsumgütern zusätzlich und sorgen unter den Bürger*innen zudem für wirtschaftliche Sorgen.^{38 39}

In ihrer Gesamtheit sind Verbraucher*innen widersprüchlich. Umso wichtiger ist es, finanzielle Anreize und niedrighschwellige Informationsangebote zu schaffen, um einen nachhaltigeren Konsum gezielt zu fördern und zu vereinfachen. Denn Verbraucher*innen wollen nicht selbst zu Expert*innen werden müssen, um sich nachhaltig ernähren zu können, wie die *VERBRAUCHER INITIATIVE* aus ihren langjährigen Erfahrungen weiß. Das Ziel muss daher sein, nachhaltige Lebensmittel als günstigste und einfache Option für Verbraucher*innen zu etablieren. Das wäre auch sozial wünschenswert, weil insbesondere Menschen mit niedrigen Einkommen nicht

faktisch gezwungen wären, sich weniger nachhaltig zu ernähren.⁴⁰ „Wahre“ Preise können dafür einen Schritt in die richtige Richtung darstellen.

Für die Politik gibt es verschiedene Möglichkeiten, um im ersten Schritt für „wahre“ Lebensmittelpreise zu sorgen und damit im zweiten Schritt das Ziel zu erreichen, die Folgeschäden der Lebensmittelproduktion zu reduzieren. Dazu zählen steuerliche Instrumente, die Subventionierung nachhaltiger Produktionsweisen und ordnungsrechtliche Maßnahmen.

Grundsätzlich bieten Steuern die Möglichkeit, Preise an den Folgeschäden eines Lebensmittelproduktes auszurichten, um so eine Lenkungswirkung hin zu nachhaltigerem Konsum zu erzielen und gleichzeitig Anreize in Richtung nachhaltigerer Produktionssysteme zu setzen. Bei steuerlichen Instrumenten zur Internalisierung externer Kosten ist zu beachten, dass sie möglichst auch auf EU-Ebene vorangebracht und eingeführt werden sollten. Dies ist wichtig, um faire Wettbewerbsbedingungen (*Level Playing Field*) herzustellen und um Produktionsverlagerungen innerhalb der EU zu vermeiden.⁴¹ Für Maßnahmen, die in der EU beschlossen werden, müssen die Rahmenbedingungen ebenfalls so gestaltet werden, dass Verlagerungen von Lebensmittelerzeugung und -produktion in Länder außerhalb des EU-Binnenmarktes mit geringeren Nachhaltigkeitsstandards verhindert werden.⁴² Dafür braucht es Regelungen für Importe. Denkbar sind etwa Grenzausgleichsabgaben wie das Europäische CO₂-Grenzausgleichssystem (*Carbon Border Adjustment Mechanism*), welches die EU-Kommission zur Verhinderung der Verlagerung von Treibhausgasemissionen in Nicht-EU-Länder 2021 vorgeschlagen hat.

Zu den möglichen steuerlichen Instrumenten gehört eine produktbezogene Besteuerung auf Lebensmittel entlang eines oder mehrerer spezifischer Indikatoren eines Produkts. Ein Beispiel dafür wäre ein CO₂-Preis. Dabei würden Lebensmittel je nach Höhe ihres CO_{2e}-Fußabdrucks mit der Steuer belastet. Ein anderes Beispiel für eine produktbezogene Besteuerung wäre eine Zucker-Steuer entlang des Zuckergehalts, z. B. bei Getränken.

Mit einer Mengensteuer auf Produktgruppen könnten Lebensmittel belegt werden, die besonders hohe externe Kosten verursachen. Im Gegensatz zur produktbezogenen Besteuerung gibt es in dem Fall keine konkrete Berechnungsgrundlage wie den CO_{2e}-Fußabdruck, den Zuckergehalt oder ähnliche Indikatoren. Stattdessen wird ein Preisaufschlag pro Mengeneinheit eines Lebensmittels bestimmt. So könnte beispielsweise für jedes Kilogramm Fleisch ein Aufschlag festgelegt

werden. Ein ausgearbeiteter Vorschlag für eine solche Abgabe auf tierische Produkte liegt vom *Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung* bereits seit Anfang 2020 vor. Es empfiehlt eine Abgabe von 40 Cent pro Kilogramm Fleisch und Fleischverarbeitungsprodukte, 2 Cent pro Kilogramm Milch und Frischmilchprodukte sowie Eier und 15 Cent pro Kilogramm Käse, Butter und Milchpulver. Die Steuereinnahmen würden für die Finanzierung des Umbaus der Nutztierhaltung, den das Kompetenznetzwerk mit genauen Zielen und einem Zeitplan ausgearbeitet hat, verwendet werden.⁴³

Eine weitere Möglichkeit ist eine Besteuerung von Produktionsmitteln, die in der Lebensmittelproduktion hohe Umwelt- oder Klimaschäden verursachen. So könnte in der Landwirtschaft z. B. der Einsatz von bestimmten Pflanzenschutz- oder Düngemitteln besteuert werden. Eine solche Besteuerung könnte Unternehmen einen Anreiz liefern, auf schädliche Produktionsmittel zu verzichten und somit Schäden erst gar nicht entstehen zu lassen.

Mehrwertsteueranpassungen stellen ebenfalls eine mögliche steuerliche Maßnahme dar. Lebensmittel mit niedrigen externen Kosten könnten durch einen niedrigen Mehrwertsteuersatz oder sogar durch dessen Streichung begünstigt werden. Angesichts der Inflation steht eine Streichung der Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte gerade in der öffentlichen und politischen Diskussion.⁴⁴ Gleichzeitig könnten Lebensmittel mit hohen externen Kosten mit einem höheren Mehrwertsteuersatz belegt werden. Zurzeit unterliegt ein großer Teil der Nahrungsmittel aus sozialpolitischen Gründen dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent, darunter auch Fleisch und andere tierische Lebensmittel, obwohl diese mit größeren Folgeschäden für Umwelt und Klima einhergehen. Pflanzenbasierte Milch- und Fleischersatzprodukte sind dagegen mit dem vollen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent belegt, obwohl deren negative Umwelt- und Klimawirkungen deutlich geringer sind.⁴⁵ Viele Akteure, etwa das *Umweltbundesamt*, fordern daher eine Reform dieses Systems.⁴⁶

Nachhaltige Produktionsweisen können durch Subventionen stärker gefördert werden. Auch wenn dies wenig mit der Monetarisierung externer Kosten zu tun hat, könnten Subventionen dennoch eine Wirkung in Richtung „wahrerer“ Lebensmittelpreise entfalten. Denn wirksame Subventionen schaffen Anreize für ein nachhaltigeres Wirtschaften, im Rahmen dessen weniger Folgeschäden entstehen. So lassen sich externe Kosten indirekt eben auch aufs Preisschild bringen: Indem man dafür sorgt, dass sie gar nicht mehr anfallen.⁴⁷ Subventionen können aber auch direkt für „wahre“ Preise

sorgen, insbesondere dann, wenn man Preise nicht nur absolut, sondern auch relativ versteht. Denn durch die gezielte Subventionierung nachhaltiger Produktionsweisen können die daraus resultierenden Lebensmittelprodukte günstiger angeboten werden, wodurch sich das Verhältnis der Preise zugunsten nachhaltiger Produkte mit weniger externen Kosten verschieben würde.

Bei der Subventionierung nachhaltiger Produktionsweisen ist die Förderung des ökologischen Landbaus naheliegend, da dieser durch seine Art der Bewirtschaftung und seine Standards wie dem Verbot des Einsatzes chemisch-synthetischer Pestizide, chemisch-synthetischer Düngemittel und hochlöslicher Phosphordünger oder dem Verbot von vorbeugenden Antibiotika-Gaben in der Tierhaltung eine ganze Reihe ökologischer Folgeschäden vermeidet. Dadurch erbringen ökologisch wirtschaftende Betriebe wichtige Ökosystemleistungen, z. B. in den Bereichen Wasserschutz, Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität.⁴⁸

Eine Methode, um Betriebe spezifischer entlang ihrer nachhaltigen Tätigkeiten zu subventionieren, ist die Idee der Honorierung von Gemeinwohlleistungen. Dabei könnten spezifische Maßnahmen wie das Anlegen von Blühstreifen und -flächen, der Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger oder die Beweidung von Grünlandflächen gemäß ihrer ökologischen Wertigkeit qualitativ bemessen und entsprechend finanziell belohnt werden. Für die Finanzierung von Subventionen nachhaltiger Produktionsweisen stehen die finanziellen Mittel der *Gemeinsamen Agrarpolitik* der EU (GAP) im Fokus. Zurzeit werden 23 Prozent der Fördermittel aus der GAP für konkrete Umweltmaßnahmen bereitgestellt. Der Großteil der Mittel wird über die pauschale Flächenprämie im Rahmen von Direktzahlungen verteilt.⁴⁹

Mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen können Mindeststandards in der Lebensmittelwirtschaft erhöht und damit besonders hohe Folgeschäden verhindert werden. Dies wirkt sich auch auf das Ziel „wahrerer“ Lebensmittelpreise aus, da Lebensmittel mit besonders hohen externen Kosten durch verbindliche Vorgaben vom Markt genommen werden könnten. Ein Beispiel stellen die Pläne des *Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung* dar, das neben der beschriebenen Abgabe auf tierische Produkte einen verbindlichen Fahrplan zum Umbau der Nutztierhaltung vorgeschlagen hat. Dazu gehören beispielsweise die Reduktion von Tierbeständen und die stufenweise Anhebung des Tierwohlniveaus.⁵⁰

In der Langfassung des politischen Strategiepapiers werden die verschiedenen politischen Maßnahmen aus-

führlicher beschrieben sowie deren Vor- und Nachteile erörtert. Klar ist im Laufe des Projekts geworden, dass es nicht den einen Königsweg, d. h. die eine Maßnahme, auf dem Weg zu „wahren“ Lebensmittelpreisen gibt. Es braucht dafür einen Maßnahmenmix aus verschiedenen Instrumenten.^{51 52}

Der Maßnahmenmix bezieht sich aber nicht nur auf die politischen Instrumente, die zum Ziel haben, für „wahre“ Lebensmittelpreise zu sorgen und im zweiten Schritt die Folgeschäden des Ernährungssystems zu reduzieren. Andere flankierende Bausteine sind dafür ebenfalls von großer Bedeutung, insbesondere um gesellschaftliche Akzeptanz und die Bereitschaft zur Veränderung von Konsumgewohnheiten zu gewährleisten und zu fördern.

„Wahre“ Lebensmittelpreise bieten Verbraucher*innen viele Vorteile: Durch mehr Transparenz der Folgeschäden würde es einfacher werden, nachhaltige Produkte zu erkennen und die Ernährung auf Basis einer vollständigeren Wissensgrundlage entsprechend umzustellen. Da die Folgeschäden im derzeitigen System zudem weiter zunehmen, steigen auch die damit verbundenen Kosten, die zwar nicht an der Ladenkasse, aber in anderer Form dennoch bezahlt werden müssen. Langfristig sorgt ein Ernährungssystem mit weniger Folgeschäden daher auch verbraucherseitig für niedrigere Kosten – z. B. indem Trinkwasserpreise, Steuerbelastungen oder Sozialversicherungsbeiträge sinken.⁵³

Nichtsdestotrotz würden sich „wahre“ Lebensmittelpreise bei Verbraucher*innen kurzfristig als steigende Preise bemerkbar machen. Daher sind wirksame soziale Ausgleichsmaßnahmen elementar, um die Internalisierung von Kosten zu begleiten. Die derzeitige Inflation und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Sorgen der Bürger*innen unterstreichen die Notwendigkeit, diesem Aspekt die größtmögliche Bedeutung beizumessen. Ansonsten können weiter steigende Preise gefährlich werden, weil sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen können. Daher müssen Verbraucher*innen konsequent entlastet werden. Dies gilt insbesondere für Haushalte mit niedrigem Einkommen und für Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, da sie von etwaigen Preissteigerungen am stärksten betroffen sein werden.

Für soziale Maßnahmen gibt es verschiedene Möglichkeiten. Die Streichung des Mehrwertsteuersatzes auf Lebensmittel wie Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte wäre eine vielversprechende Gelegenheit, neben der Entlastung von Verbraucher*innen gleichzeitig eine nachhaltigere und gesündere Ernährung zu fördern. Dem *Um-*

weltbundesamt zufolge würden private Haushalte durch eine Mehrwertsteuerbefreiung für pflanzliche Grundnahrungsmittel wie Obst, Gemüse, Getreideerzeugnisse und pflanzliche Öle mit rund 4 Milliarden Euro jährlich entlastet. Davon würden relativ vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen und Rentner*innen profitieren.⁵⁴

Eine weitere sozialpolitische Möglichkeit ist die Einführung einer kostenlosen, qualitativ hochwertigen Kita- und Schulverpflegung nach den Standards der DGE oder den Empfehlungen der *Planetary Health Diet*. Damit könnte allen Kindern gesundes und nachhaltiges Essen ermöglicht werden und der sozialen Ungleichheit im Bereich der Ernährung entgegengewirkt werden.⁵⁵ Da Ernährungskompetenzen schon früh durch Erfahrungen geprägt werden, hätte eine Umsetzung nicht nur eine soziale Wirkung, sondern könnte auch einen Beitrag dazu leisten, langfristig die Wertschätzung für Lebensmittel zu steigern und die Ernährungsgewohnheiten zu verändern.

Eine Möglichkeit, die Belastungen durch Steuererhöhungen für Bürger*innen abzumildern, ist zudem die direkte Rückzahlung von Steuereinnahmen. Dies wäre z. B. bei einer CO₂-Steuer denkbar. Dadurch würden jene Bürger*innen finanziell profitieren, die einen nachhaltigen Ernährungsstil pflegen und somit bei ihren Einkäufen weniger Steuern zahlen müssten. Durch die Rückerstattung würden sie am Ende sogar mehr Geld wiederbekommen, als sie vorher über die Steuer ausgeben mussten.

Die Umgestaltung bestehender sozialpolitischer Instrumente kann ebenfalls eine wichtige Rolle einnehmen. Dazu zählen etwa eine Senkung des Einkommenssteuersatzes für untere Einkommensgruppen, eine Erhöhung von Sozialleistungen oder auch eine Erhöhung des Mindestlohns.

Neben sozialpolitischen Instrumenten sind auch Maßnahmen zur Information und Motivation von Verbraucher*innen für die Zukunft bedeutsam. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass es für viele Menschen schwierig ist, nachhaltige Produkte zu erkennen.^{56 57} Ein nachhaltiger Konsum wird somit nicht nur finanziell erschwert. Eine Kennzeichnung nachhaltiger Lebensmittel etwa mittels eines möglichst verpflichtenden Klima- oder Nachhaltigkeitslabels kann somit wichtig sein, um diesem Problem zu begegnen. Bei den Informations- und Motivationsmaßnahmen steht auch der Handel in seiner Rolle als Kommunikator am PoS in einer besonderen Verantwortung.

Eine Veränderung der Konsumgewohnheiten in Richtung einer gesünderen und nachhaltigeren Ernährung

ist wie bereits beschrieben zwingend erforderlich. Eine größere Wertschätzung für Lebensmittel erscheint in Anbetracht von rund 78 Kilogramm an Lebensmitteln, die pro Jahr und Kopf in privaten Haushalten in Deutschland weggeschmissen werden⁵⁸, ebenfalls geboten. Eine qualitativ hochwertige Gemeinschaftsverpflegung nach DGE-Standards könnte eine große Hebelwirkung in Richtung nachhaltigerer und gesünder Ernährungsgewohnheiten entfalten und gleichzeitig die Wertschätzung für Lebensmittel in der Gesellschaft erhöhen.^{59,60} Schließlich essen in Deutschland mehr als 17 Millionen Menschen jeden Tag in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung⁶¹, u. a. in Betrieben, öffentlichen Verwaltungen, Kitas, Schulen und Universitäten, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Auch die Ernährungsbildung ist ein Bereich, der dazu beitragen kann, die Wertschätzung für Lebensmittel zu steigern und Ernährungsgewohnheiten in der Gesellschaft mittel- bis langfristig zu verändern. Gerade in der Kindheit werden Grundlagen für Fähigkeiten, Fertigkeiten, Werte und Normen gelegt. Eine frühe Ernährungsbildung kann daher Wissen, Einstellungen und eben auch das Ernährungsverhalten langfristig

prägen.⁶² Aber auch im Erwachsenenalter können zielgruppenspezifische Bildungsangebote eine positive Wirkung entfalten.

In Summe braucht es nicht weniger als eine Transformation des gegenwärtigen Ernährungssystems hin zu einem, das weniger ökologische, gesundheitliche und soziale Folgeschäden verursacht. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei stehen alle Akteure – von der Politik, über die Lebensmittelwirtschaft und gesellschaftliche Organisationen bis hin zu den Verbraucher*innen – in der Verantwortung, die Entwicklung zu begleiten, zu unterstützen und zu forcieren. Die Beteiligung der verschiedenen Akteure in Stakeholder-übergreifenden Gremien wie der *Zukunftskommission Landwirtschaft* sind daher auch für die Zukunft äußerst sinnvoll.

Die Transformation des Ernährungssystems ist zweifellos eine große Herausforderung. Angesichts globaler Krisen wie dem voranschreitenden Klimawandel, dem Artensterben oder den Bedrohungen für die weltweite Ernährungssicherheit ist sie aber zweifellos ebenso notwendig wie dringend. Die gute Nachricht dabei ist: Sie ist auch möglich.

FUSSNOTEN

- 1 Rueter 2020.
- 2 Fuchs 2022, S. 8f.
- 3 Gaugler und Michalke 2018, S. 1f.
- 4 Edringer et al. 2022, S. 9.
- 5 Meier et al. 2015.
- 6 Edringer et al. 2022, S. 11.
- 7 Remesch 2022.
- 8 Edringer et al. 2022, S. 12.
- 9 Bätzing 2021.
- 10 Kurth et al. 2019.
- 11 Decker et al. 2022, S. 12.
- 12 VERBRAUCHER INITIATIVE 2022b.
- 13 Fitzpatrick et al. 2019.
- 14 Decker et al. 2022, S. 12.
- 15 Bandel et al. 2020, S. 9.
- 16 Kurth et al. 2019, S. 23.
- 17 Decker et al. 2022, S. 14.
- 18 Decker et al. 2022, S. 13.
- 19 Antony et al. 2021, S. 27.
- 20 Decker et al. 2022, S. 14.
- 21 VERBRAUCHER INITIATIVE 2022b.
- 22 Decker et al. 2022, S. 14.
- 23 VERBRAUCHER INITIATIVE 2022b.
- 24 Decker et al. 2022, S. 14.
- 25 Antony et al. 2021, S. 20.
- 26 True Cost Initiative 2022.
- 27 Bischöfliches Hilfswerk Misereor 2022.
- 28 Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2022.
- 29 Kaluza 2022.
- 30 VERBRAUCHER INITIATIVE 2022b.
- 31 Stieß et al. 2022.
- 32 Verbraucherzentrale Bundesverband 2021b.
- 33 Verbraucherzentrale Bundesverband 2021a.
- 34 Kaluza 2021.
- 35 VERBRAUCHER INITIATIVE 2022a.
- 36 YouGov 2022.
- 37 Seubelt et al. 2022.
- 38 Spiegel-Online 2022.
- 39 R+V Allgemeine Versicherung 2022.
- 40 Seubelt et al. 2022.
- 41 VERBRAUCHER INITIATIVE 2022b.
- 42 Zukunftskommission Landwirtschaft 2021, S. 97f.
- 43 Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung 2020.
- 44 tagesschau.de 2022.
- 45 Burger et al. 2022, S. 2.
- 46 Burger et al. 2022, S. 2f.
- 47 Frühschütz 2022, S. 41.
- 48 Sanders und Heß 2019.
- 49 Rehmer und Brändle 2022, S. 40.
- 50 Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung 2020.
- 51 Zukunftskommission Landwirtschaft 2021, S. 97.
- 52 Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL 2020, S. 696.
- 53 VERBRAUCHER INITIATIVE 2022b.
- 54 Umweltbundesamt 09.06.2022.
- 55 Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL 2020, S. 515.
- 56 Zühlsdorf et al. 2022, S. 340.
- 57 Verbraucherzentrale Bundesverband 2021b.
- 58 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2022.
- 59 Edringer et al. 2022, S. 4.
- 60 Zukunftskommission Landwirtschaft 2021, S. 69.
- 61 Deutsche Gesellschaft für Ernährung 2022.
- 62 Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL 2020, S. 597.

OPTIONEN FÜR DIE TRANSFORMATION DES ERNÄHRUNGSSYSTEMS

Für die Zukunft des Ernährungssystems hat die **VERBRAUCHER INITIATIVE** die folgenden Handlungsempfehlungen ausgearbeitet.

Der Bundesverband empfiehlt...

1 ...steuerliche Maßnahmen umzusetzen, welche zu „wahren“ Lebensmittelpreisen beitragen. Verschiedene Möglichkeiten sind dafür denkbar:

- Die Pläne des *Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung* zum Umbau der Nutztierhaltung sollten zügig umgesetzt werden. Dies beinhaltet eine mengenbezogene Abgabe auf tierische Produkte, mit dessen Einnahmen die Transformation der Nutztierhaltung schrittweise finanziert und umgesetzt werden kann. Da die Produktion der betreffenden Lebensmittel bekanntermaßen mit hohen externen Kosten einhergeht, stellt dies gleichzeitig einen Beitrag zu „wahren“ Preisen dar. Eine Umsetzung ist besonders sinnvoll, weil die Vorschläge in einem Stakeholder-übergreifenden Gremium ausgearbeitet wurden und breite Akzeptanz und Zustimmung von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren erfahren. Auch Verbraucher*innen sind mehrheitlich offen für eine Abgabe auf tierische Produkte zugunsten von mehr Tierwohl.
- Das Mehrwertsteuersystem sollte schnell angepasst werden, um eine nachhaltigere und gesündere Ernährung zu fördern. In der derzeitigen Situation der Inflation gibt es ein großes politisches und gesellschaftliches Momentum für die Streichung des Mehrwertsteuersatzes auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte. Dies sollte im ersten Schritt umgesetzt werden, auch um ein Signal zur Entlastung der Bürger*innen zu setzen. Gleichzeitig sollten sämtliche andere pflanzliche Produkte unter den ermäßigten Mehrwertsteuersatz fallen. Perspektivisch ist die (schrittweise) Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes zugunsten des Regelsatzes für tierische Produkte denkbar. Angesichts der zuletzt gestiegenen Lebensmittelpreise erscheint dies zurzeit nicht zielführend. Bei den Anpassungen des Mehrwertsteuersystems ist zu prüfen, inwiefern weitere Indikatoren bei der Einteilung in die Mehrwertsteuersätze einbezogen werden können. So erscheint es grundsätzlich sinnvoll, Kriterien wie die Erzeugungsart (bio vs. konventionell) sowie Regionalität und Saisonalität zu berücksichtigen.
- Abgaben auf den Einsatz synthetischer Pflanzenschutz- und mineralischer Düngemittel sind ebenfalls sinnvoll, um deren vielfältige Folgeschäden für die Umwelt (Verlust Biodiversität, Eutrophierung von Ökosystemen, Versauerung von Ökosystemen, Verunreinigung des Grundwassers, Schäden der Böden, etc.) und die menschliche Gesundheit sowie deren Folgekosten zu reduzieren. Ein Vorteil solcher Abgaben ist, dass sie früh in der Wertschöpfungskette ansetzen und Anreize schaffen, Schäden gar nicht erst entstehen zu lassen. Bei einer Einführung ist zu prüfen, inwiefern die steuerlichen Mehreinnahmen an die Landwirtschaft zurückgezahlt werden können, etwa als Prämie für nachhaltige Produktionsweisen und die entsprechende Umstellung von Betrieben.
- Perspektivisch ist die Einführung einer spezifischen Nachhaltigkeitssteuer auf Lebensmittel zu prüfen. Grundlage dafür ist allerdings eine unabhängige, anerkannte und verlässliche Datenbasis über die Folgeschäden entlang verschiedener Nachhaltigkeitsdimensionen. Die Entwicklung einer solchen Datenbasis sollte mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Die Einnahmen aus einer Nachhaltigkeitssteuer müssten an die Bürger*innen zurückgezahlt werden. So würden diejenigen einen finanziellen Vorteil erzielen, die weniger Lebensmittelprodukte mit hohen Folgeschäden konsumieren.
- Eine Besteuerung von Zucker erscheint ergänzend sinnvoll, um die hohen gesundheitlichen Folgekosten eines überhöhten Zuckerkonsums zu reduzieren. In anderen Ländern wie etwa dem Vereinigten Königreich wird vor allem auf eine Besteuerung zuckerhaltiger Getränke gesetzt. Es sollte geprüft werden, wie die Erfahrungen anderer Länder für ein wirksames Abgabekonzept hierzulande genutzt werden können.
- Sämtliche Maßnahmen, die der Internalisierung externer Kosten dienen, sollten innerhalb verlässlicher Rahmenbedingungen ausgestaltet werden, sodass die betroffenen Unternehmen in der Lebensmittelbranche und insbesondere landwirtschaftliche Betriebe Planungssicherheit erhalten.

2 ... eine Reform der Bilanzierungs- und Rechnungslegungssysteme von Unternehmen, bei der die „wahren“ Kosten ihrer Aktivitäten berücksichtigt werden.

Eine geeignete Methodik bietet das True Cost Accounting, das von verschiedenen Akteuren zurzeit (weiter) entwickelt wird. So hat beispielsweise die *True Cost Initiative* im Frühjahr 2022 ein Handbuch für Unternehmen mit einer Anleitung zur Berechnung der „wahren“ Kosten ihrer Produktion herausgegeben. Neben dem Produktionskapital müssen dabei das Naturkapital, das Humankapital und das Sozialkapital in die Bilanzierung integriert werden. Eine grundlegend reformierte Rechnungslegung könnte sich u. a. an den Finanzmärkten auswirken, wo Nachhaltigkeitskriterien etwa bei Risikobewertungen bereits an Bedeutung gewinnen. Eine Reform der Bilanzierungs- und Rechnungslegungssysteme kann ein entscheidender Hebel sein, um zu einer grundlegend nachhaltigeren Wirtschaftsweise – nicht nur in der Lebensmittelwirtschaft, sondern branchenübergreifend – zu gelangen.

3 ... schrittweise sämtliche Subventionen im Ernährungssystem an die Nachhaltigkeit der Produktion zu koppeln.

- Als konkrete Maßnahme bietet sich die gezielte Honorierung von Gemeinwohlleistungen an. Vielversprechende Modelle sind dafür bereits ausgearbeitet. Zurzeit werden nur 23 Prozent der Fördermittel aus der GAP für konkrete Umweltmaßnahmen verwendet. Dieser Anteil muss deutlich erhöht werden, während die flächengebundenen Direktzahlungen spätestens im Laufe der nächsten Förderperiode ab 2028 abgeschafft werden sollten.
- Der ökologische Landbau sollte systematisch auf verschiedenen Ebenen gefördert und gestärkt werden, denn er erbringt bereits wichtige Umweltleistungen, vermeidet viele Folgeschäden und damit externe Kosten. Um die im Koalitionsvertrag vereinbarten 30 Prozent Ökolandbau bis zum Jahr 2030 zu erreichen, müssen die Anstrengungen intensiviert und entsprechend mehr investiert werden. Dazu zählt, dass Subventionen dafür genutzt werden müssen, Betriebe, die auf Bio umstellen wollen oder die bereits Ökolandbau betreiben, ausreichend und verlässlich zu unterstützen. Auch die Bio-Forschung sollte ausgebaut werden, um Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion umwelt- und klimafreundlicher gestalten zu können.

4 ... möglichst alle steuerlichen Maßnahmen und Subventionierungen auch auf EU-Ebene voranzubringen.

Dies ist wichtig, um faire Wettbewerbsbedingungen (Level Playing Field) herzustellen, in dem Produktionsverlagerungen innerhalb der EU vermieden werden. Für Maßnahmen, die in der EU beschlossen werden, müssen die Rahmenbedingungen ebenfalls so gestaltet werden, dass Verlagerungen von Lebensmittelerzeugung und -produktion in Länder außerhalb des EU-Binnenmarkts mit geringeren Nachhaltigkeitsstandards verhindert werden. Dafür braucht es Regelungen für Importe. Denkbar sind etwa Grenzausgleichsabgaben.

5 ... eine gesündere, nachhaltigere und qualitativ hochwertige Ernährung in allen öffentlichen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung mit einer verpflichtenden Umsetzung der Qualitätsstandards der DGE oder der Empfehlungen der *Planetary Health Diet* und einem möglichst hohen Anteil an Bio-Lebensmitteln.

Dies schließt insbesondere die Kita- und Schulverpflegung, die Seniorenverpflegung sowie die Verpflegung in Krankenhäusern und Reha-Kliniken ein. Eine Umsetzung hat nicht nur positive Wirkungen für die Gesundheit, sie bietet auch das Potenzial, Konsumgewohnheiten mittel- bis langfristig zu verändern (z. B. weniger Fleisch) und die Wertschätzung für Lebensmittel zu steigern. Daher sollte auch geprüft werden, inwieweit Unternehmen und weitere Institutionen, welche ihre Betriebsverpflegung nach DGE-Standards oder den Empfehlungen der *Planetary Health Diet* ausrichten, gefördert werden können. Behörden sollten zudem als Vorbild vorangehen und ihre Verpflegung entsprechend umstellen. Insgesamt könnten damit große Teile der Bevölkerung erreicht werden.

6 ... die Umsetzung vielfältiger und wirksamer sozialer Maßnahmen. Wenn Lebensmittelpreise im Rahmen der Transformation des Ernährungssystems steigen, dürfen Verbraucher*innen nicht alleine gelassen werden. Dies gilt insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen. Ein Mix aus verschiedenen Maßnahmen ist daher erforderlich:

- die Streichung der Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte (siehe Handlungsempfehlung 1)
- eine kostenlose und qualitativ hochwertige Verpflegung in allen Schulen und Kitas mit einer verpflichtenden Umsetzung der Qualitätsstandards der DGE oder den Empfehlungen der *Planetary Health Diet* und einem möglichst hohen Anteil von Bio-Lebensmitteln. Dies reduziert soziale Ungleichheit, indem es allen Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu einer gesunden und nachhaltigen Ernährung ermöglicht. Zusätzlich hat sie das Potenzial, Konsumgewohnheiten frühzeitig zu prägen sowie die Wertschätzung für Lebensmittel zu steigern (siehe Handlungsempfehlung 5).
- eine Senkung der Einkommenssteuer für untere Einkommensgruppen und eine Erhöhung von Sozialleistungen, die eine gesunde und nachhaltige Ernährung gewährleisten, denn diese sollte keine Frage der sozialen Situation sein.
- eine Rückzahlung von Steuereinnahmen an die Bürger*innen, sollten Instrumente wie eine CO₂-Steuer, eine Zucker-Steuer oder eine spezifische Nachhaltigkeitssteuer auf Lebensmittel eingeführt werden.

7 ... die Entwicklung und Umsetzung von Informations- und Motivationsmaßnahmen für eine gesündere und nachhaltigere Ernährung.

- Die Umsetzung einer wirksamen und verständlichen Label-Politik ist von Bedeutung. Dazu gehört die Entwicklung eines verpflichtenden Nachhaltigkeitslabels, das möglichst in der EU verbindlich eingeführt werden sollte. Hierbei gilt es, weitere Entwicklungen im Kontext der geplanten *Green-Claims*-Richtlinie zu verfolgen. Voraussetzung für ein Nachhaltigkeitslabel ist eine verlässliche, nachvollziehbare und frei zugängliche Datenbasis, die in einem Stakeholder-Prozess evaluiert werden sollte, um eine breite Akzeptanz zu schaffen. Das Label sollte im Sinne der Verständlichkeit für Verbraucher*innen einheitlich design sein, z. B. mit einer Orientierung an bereits

etablierten und bekannten Zertifizierungen (z. B. *Nutri-Score*, *EU-Energielabel*). Darüber hinaus ist die Zusammenführung bestehender Label zu unterstützen, um die Label-Flut zu verringern, und der Bekanntheitsgrad von Labels durch Informationskampagnen und durch die Unterstützung bestehender Label-Portale zu fördern.

- Eine an Kinder gerichtete Bewerbung ungesunder Lebensmittel sollte verboten werden.
- Der Handel sollte seiner besonderen Rolle bei der Kommunikation am PoS (on- und offline) gerecht werden und durch Informationskampagnen, Nudging-Maßnahmen in Bezug auf Ladengestaltung, Produktplatzierung und durch eine nachhaltigere Sortimentsgestaltung sowie eine stärkere Bewerbung gesunder und nachhaltiger Lebensmittel die notwendige Veränderung von Konsumgewohnheiten unterstützen.
- Bei den Maßnahmen sollte insgesamt darauf geachtet werden, den Zusammenhang zwischen Gesundheit und Nachhaltigkeit deutlicher als bisher zu machen. Zudem sollte ein Fokus daraufgelegt werden, über die Folgekosten der Lebensmittelproduktion zu informieren, da so ein Verständnis dafür geschaffen werden kann, dass uns das derzeitige System mit externalisierten Kosten langfristig viel teurer zu stehen kommt.

8 ... den Aufbau zielgruppenspezifischer und flächendeckender Bildungsangebote für Verbraucher*innen sowie einen Ausbau der Ernährungsbildung in Kitas, Schulen und Hochschulen.

- Bildungsangebote für Verbraucher*innen sollen zur Stärkung von Ernährungskompetenzen und der Haushaltsführung beitragen und den Wert einer nachhaltigen und gesunden Ernährung sowie Kochkompetenzen vermitteln. Insbesondere für Verbraucher*innen mit niedrigem Einkommen sind niedrigschwellige Bildungsangebote wichtig.
- In Kitas und Schulen sollte die Ernährungsbildung mit einer verbesserten Verpflegung kombiniert und handlungspraktisch aufgebaut werden, z. B. durch die gemeinsame Zubereitung des Schulessens in Lernküchen. Eine frühzeitige Ernährungsbildung bietet das Potenzial, Ernährungsgewohnheiten und -kompetenzen positiv zu beeinflussen. Dies kann auch zu einer größeren Wertschätzung für Lebensmittel und bestimmte Produktionsweisen beitragen.

9 ... die Anstrengungen zu erhöhen, Lebensmittelverschwendungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu reduzieren.

- Dies ist erforderlich, um das gesteckte Ziel der Bundesregierung, vermeidbare Lebensmittelabfälle im Handel und Privathaushalten bis 2030 zu halbieren, zu erreichen.
- Auf der Produktionsseite sollte die Datenlage verbessert werden, um so wirksame Hebel zur Reduktion zu identifizieren und anzuwenden. Ferner sollten verbindliche Reduktionsziele für Industrie, Handel, Landwirtschaft und Gastronomie vereinbart werden. Der Impuls könnte dafür auch von der Wirtschaft ausgehen.
- Die Gemeinschaftsverpflegung könnte ein Hebel sein, um mit gutem Beispiel voranzugehen, das Thema zu kommunizieren und so Gewohnheiten von breiten Bevölkerungsgruppen zu verändern. Dazu könnten z.B. kleinere Portionsgrößen mit Nachschlag-Option einen Beitrag leisten.
- Gegenüber Verbraucher*innen sollten Informations- und Motivationsansätze verstärkt werden, etwa indem die bundesweite Strategie *Zu gut für die Tonne* des BMEL umfassend ausgebaut wird.

10 ... die Forschung zu den externen Effekten der Lebensmittelproduktion entlang der gesamten Wertschöpfungskette finanziell zu fördern.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Folgeschäden unserer Lebensmittelwirtschaft bieten die Grundlage, um das gesellschaftliche und politische Bewusstsein für die Notwendigkeit zu einer Transformation des Ernährungssystems zu erhöhen. Zudem stärken fundierte und verlässliche Daten die Akzeptanz und Nachvollziehbarkeit von einzuführenden Instrumenten zur Internalisierung oder auch zur Kennzeichnung externer Kosten von Lebensmitteln.

11 ... eine Beteiligung und Zusammenarbeit unterschiedlicher Stakeholder bei der Entwicklung, Einführung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen zur Zukunft des Ernährungssystems.

In der Lebensmittelbranche treffen viele Akteure mit unterschiedlichen Interessen aufeinander (Lebensmittelerzeuger*innen, -hersteller*innen, -handel, Verbraucherorganisationen, Umwelt- und Klimaschutzorganisationen, etc.). Umso wichtiger ist eine konstruktive und dauerhafte Zusammenarbeit auf Grundlage des Konsenses, dass eine Transformation des Ernährungssystems notwendig ist. Sie bietet das Potenzial für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von einzuführenden Maßnahmen, die angesichts der großen Veränderungen und damit einhergehenden, erwartbaren Widerständen sehr bedeutsam ist. Für die Zusammenarbeit unterschiedlicher Stakeholder gibt es mit der *Zukunftskommission Landwirtschaft* und mit dem *Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung* bereits gelungene Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit. Denkbar wäre die Einrichtung einer Sonder-Kommission „Nachhaltige Ernährung“. Die Politik steht wiederum in der Verantwortung, die Empfehlungen dieser Gremien auch umzusetzen.

WICHTIGE BEGRIFFLICHKEITEN

- **EXTERNE KOSTEN / EXTERNE NUTZEN.** Kosten, die bei der Produktion oder beim Konsum entstehen, aber nicht von den Verursacher*innen, sondern von der Gesamtgesellschaft und künftigen Generationen getragen werden. Daher spricht man auch von versteckten Kosten. In der Regel beziehen sich externe Kosten auf ökologische, soziale und/oder gesundheitliche Folgen (z. B. Nitrat-Eintrag im Grundwasser als Folge von Überdüngung; Hunger als Folge von Unterbezahlung; Krankheiten als Folge von ungesunder Ernährung). Produktion oder Konsum können sich gesellschaftlich auch positiv auswirken, ohne dass die Verursacher*innen dafür entlohnt werden. Solche positiven Folgen werden als externe Nutzen bezeichnet (z. B. Humusaufbau durch eine vielfältige Fruchtfolge zum Erhalt von Biodiversität).
- **EXTERNE EFFEKTE.** Die Summe aus externen Kosten und externen Nutzen. Externe Effekte wirken sich im Ernährungssystem nicht auf die Produktpreise aus, was häufig als Marktversagen bezeichnet wird.
- **„WAHRE“ KOSTEN.** Die Summe aus direkten Produktionskosten wie z. B. für Rohstoffe und Arbeitskräfte und den externen Effekten.
- **MONETARISIERUNG EXTERNER EFFEKTE.** Die Berechnung bzw. Bewertung externer Effekte in Geldeinheiten.
- **INTERNALISIERUNG EXTERNER EFFEKTE.** Die Einbeziehung externer Effekte in die wirtschaftliche Planung der Produzent*innen. Den Verursacher*innen oder Profiteur*innen externer Effekte wird damit ein Anreiz geliefert, die negativen oder positiven Auswirkungen ihrer Tätigkeiten in das eigene Entscheidungskalkül miteinzubeziehen. Dies hat das Ziel, das vorherrschende Marktversagen zu beheben. Im Kontext dieses Papiers bezeichnet die Internalisierung externer Effekte in der Regel dessen Einbeziehung in die Produktpreise von Lebensmitteln. Synonym wird daher auch der Begriff der Bepreisung verwendet. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um externe Effekte zu internalisieren.
- **TRUE COST ACCOUNTING.** Eine Methode zur Monetarisierung externer Effekte, um die „wahren“ Kosten eines Produkts, eines Unternehmens oder einer Dienstleistung zu ermitteln. True Cost Accounting kann somit in der Theorie die „wahren“ Preise von Lebensmitteln berechnen. Die Methode kann aber auch auf Betriebsebene angewandt werden. Dabei werden die externen Effekte monetarisiert, sichtbar gemacht und in die Rechnungslegung eines Unternehmens einbezogen.
- **DER „WAHRE“ PREIS.** Ein Ideal, in dem die „wahren“ Kosten eines Produktes in dessen Marktpreis abgebildet sind. Dies ist aktuell nicht der Fall, denn es gibt zahlreiche externe Effekte in der Produktion. Die aktuellen Verkaufspreise spiegeln damit den tatsächlichen Wert von Lebensmitteln nicht wider und sind in der Regel niedriger als die „wahren“ Preise.
- **„WAHRERE“ LEBENSMITTELPREISE.** Ein Terminus, der in diesem Papier verwendet wird, um zu verdeutlichen, dass es im Rahmen der Transformation des Ernährungssystems um eine Annäherung an das Ideal des „wahren“ Preises geht. Nicht alle externen Effekte können (derzeit) monetarisiert werden und damit auch nicht in Produktpreise internalisiert werden. Jedes Instrument zur Vermeidung oder Internalisierung externer Kosten gilt als Schritt in die richtige Richtung.
- **VERURSACHERPRINZIP.** Ein zentraler Grundsatz des Umweltrechts und der Umweltpolitik, der z. B. in der EU Anwendung finden soll. Die Anwendung des Verursacherprinzips bedeutet, dass die Verursacher*innen von Umweltschäden die entsprechenden Kosten tragen, einschließlich der Kosten für Maßnahmen zur Verhinderung, Verminderung und Beseitigung der Schäden sowie die damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten. Durch die Anwendung dieses Prinzips werden Verursacher*innen zur Verantwortung gezogen und erhalten dadurch einen Anreiz, z. B. Umweltschäden zu vermeiden.

BIBLIOGRAPHIE

- Antony, Florian; Teufel, Jenny; Liu, Ran; Bieler, Cuno; Sutter, Daniel; Spescha, Gina et al. (2021): Sichtbarmachung versteckter Umweltkosten der Landwirtschaft am Beispiel von Milchproduktionssystemen. Abschlussbericht. Hg. v. Umweltbundesamt. Öko-Institut. Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:3:2-922566>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Bandel, Tobias; Kayatz, Benjamin; Doucet, Tanja; Leutner, Nelli (2020): Der teure Preis des Billigfleischs. Wer Fleisch konsumiert, zahlt nur einen Bruchteil der wahren Kosten – zu Lasten von Umwelt und Klima. Hg. v. Greenpeace. Soil & More Impacts. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/yc3ehez3>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Bätzing, Miriam (2021): „Ist die Transparenz da, wird die Auslagerung sozialer Kosten schwieriger“. Im Gespräch mit Friedel Hütz-Adams. In: Verbraucher konkret (2), S. 6–7.
- Bischöfliches Hilfswerk Misereor (2022): Von den versteckten Kosten der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft hin zu einem Gewinn für alle. Positionspapier Wahre Kosten.
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hg.) (2022): Wahre Kosten eines Öko-Lebensmittels – was bedeutet das? Ökolandbau.de. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/5dykjbtp>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2022): Lebensmittelabfälle in privaten Haushalten unter die Lupe genommen. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/2d8ecnrh>, zuletzt aktualisiert am 10.11.2022, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Burger, Andreas; Golde, Michael; Kornher, Christine (2022): Vorschläge des Umweltbundesamtes für eine umweltorientierte Reform der Mehrwertsteuer. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.
- Decker, Allegra; Michalke, Amelie; Gaugler, Tobias (2022): Auf der Suche nach dem „wahren Preis“. Chancen und Grenzen von True Cost Accounting bei Lebensmitteln. In: Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler und Friedhelm Stodieck (Hg.): Der kritische Agrarbericht 2022. Schwerpunkt: Preis Werte Lebensmittel. Hamm, Westf: Abl Bauernblatt Verlag, S. 11–16.
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung (2022): Gemeinschaftsverpflegung. Online verfügbar unter <https://www.dge.de/ernaehrungspraxis/nachhaltige-ernaehrung/gemeinschaftsverpflegung/>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Edringer, Corinna; Roehl, Rainer; Strassner, Carola (2022): Besser essen in Kantinen und Mensen. Wegweiser für eine umweltverträgliche und gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung. Unter Mitarbeit von Rena Jacobs. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau (Broschüren / Umweltbundesamt). Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:3:2-870433>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Fitzpatrick, Ian; Young, Richard; Barbour, Robert; Perry, Megan; Rose, Emma; Marshall, Aron (2019): The hidden cost of UK food. Revised Edition 2019. Sustainable Food Trust. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/2u79apw>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Frühschütz, Leo (2022): Vorsicht Falle! Externe Kosten – auch bei Biolebensmitteln. In: Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler und Friedhelm Stodieck (Hg.): Der kritische Agrarbericht 2022. Schwerpunkt: Preis Werte Lebensmittel. Hamm, Westf: Abl Bauernblatt Verlag, S. 137–142.
- Fuchs, Nicolai (2022): Eigentlich unbezahlbar... Über Preise, Werte und Würde bei der Gewinnung von Lebensmitteln – eine Hinführung zum Themenschwerpunkt. In: Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler und Friedhelm Stodieck (Hg.): Der kritische Agrarbericht 2022. Schwerpunkt: Preis Werte Lebensmittel. Hamm, Westf: Abl Bauernblatt Verlag, S. 8–10.
- Gaugler, Tobias; Michalke, Amelie (2018): „How much is the dish?“ – Was kosten uns Lebensmittel wirklich? Unter Mitarbeit von Fabian Fitzer und Maximilian Pieper. Forschungsnetzwerk Märkte für Menschen. Augsburg. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/2njbmcw>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Kaluza, Rafael (2021): Bereit, mehr zu zahlen. Der „wahre“ Preis. In: Verbraucher konkret (3), S. 4–6.
- Kaluza, Rafael (2022): Gemeinsam auf dem Weg zu wahren Preisen. Multi-Stakeholder-Workshop. In: Verbraucher konkret (Sonderausgabe der VERBRAUCHER INITIATIVE), S. 1–6.
- Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (Hg.) (2020): Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung. Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung.

- Kurth, Thorsten; Rubel, Holger; zum Meyer Felde, Alexander; Krüger, Jörg-Andreas; Zielcke, Sophie; Günther, Michael; Kemmerling, Birte (2019): Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft nachhaltig sichern. Denkanstöße und Szenarien für ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit. Boston Consulting Group. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/2c4uuzrz>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Meier, Toni; Senftleben, Karolin; Deumelandt, Peter; Christen, Olaf; Riedel, Katja; Langer, Martin (2015): Healthcare Costs Associated with an Adequate Intake of Sugars, Salt and Saturated Fat in Germany: A Health Econometrical Analysis. In: PLoS ONE 10 (9). Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/3v4jzmz7>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- R+V Allgemeine Versicherung (Hg.) (2022): Grafiken: Die Ängste-Zahlen im Überblick. Die Grafiken veranschaulichen die Sorgen der Deutschen und zeigen, wie sich ihre Ängste in den vergangenen Jahre verändert haben. R+V Allgemeine Versicherung. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/3cusa76w>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Rehmer, Christian; Brändle, Phillip (2022): Zaghafter Schritt in die richtige Richtung. Die Reform der EU-Agrarpolitik hält an pauschalen Flächenprämien fest, bietet aber auch Raum für mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie eine gerechtere Mittelvergabe. In: Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler und Friedhelm Stodieck (Hg.): Der kritische Agrarbericht 2022. Schwerpunkt: Preis Werte Lebensmittel. Hamm, Westf: Abl Bauernblatt Verlag, S. 40–45.
- Remesch, Mireille (2022): Der Speiseplan der Zukunft. Die Welt braucht eine gesündere Ernährung – die Empfehlungen der EAT-Lancet-Kommission. In: Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler und Friedhelm Stodieck (Hg.): Der kritische Agrarbericht 2022. Schwerpunkt: Preis Werte Lebensmittel. Hamm, Westf: Abl Bauernblatt Verlag, S. 334–339.
- Rueter, Gero (2020): Landwirtschaft vom Klimakiller zum Klimaretter: Wie geht das? Deutsche Welle. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/2r8yu9je>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Sanders, Jörn; Heß, Jürgen (Hg.) (2019): Leistungen des ökologischen Landbaus für Umwelt und Gesellschaft. Johann Heinrich von Thünen-Institut. 2. überarbeitete und ergänzte Auflage. Braunschweig, Germany: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Report, 65), zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Seubelt, Nadine; Michalke, Amelie; Gaugler, Tobias (2022): Influencing Factors for Sustainable Dietary Transformation – A Case Study of German Food Consumption. In: Foods (Basel, Switzerland) 11 (2). Online verfügbar unter <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC8775007/pdf/foods-11-00227.pdf>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Spiegel-Online (2022): Inflation macht die Deutschen noch mehr zu Schnäppchenjägern. Umfrage des Handelsverbands. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/yckzctn>, zuletzt aktualisiert am 03.06.2022, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Stieß, Immanuel; Sunderer, Georg; Raschewski, Luca; Stein, Melina; Götz, Konrad; Belz, Janina; Follmer, Robert; Hölscher, Jana; Birzle-Harder, Barbara (2022): Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umwelverhalten im Jahr 2020. Klimaschutz und sozial-ökologische Transformation: Abschlussbericht. Hg. v. Umweltbundesamt. ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung; infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft. Dessau-Roßlau (Ressortforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz). Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/msaue9w>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- tagesschau.de (2022): Streit über die Mehrwertsteuer. Hohe Lebensmittelpreise. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/yc77b4ct>, zuletzt aktualisiert am 22.04.2022, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- True Cost Initiative (2022): True Cost Accounting Agrifood Handbook. Practical guidelines for the food and farming sector on impact measurement, valuation and reporting. Online verfügbar unter https://tca2f.org/wp-content/uploads/2022/03/TCA_Agrifood_Handbook.pdf, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Umweltbundesamt (09.06.2022): Mehrwertsteuer ökologisch und sozial gestalten. Null Prozent auf pflanzliche Grundnahrungsmittel und öffentlichen Verkehr. Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/mrxmt7hs>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- VERBRAUCHER INITIATIVE (2022a): Auswertung der Online-Community „Was kostet(s) die Welt“ für Verbraucher/innen.
- VERBRAUCHER INITIATIVE (2022b): Der „wahre“ Preis. Qualitative Interviewstudie von wissenschaftlichen Experten und Stakeholdern.

- Verbraucherzentrale Bundesverband (Hg.) (2021a): Nachhaltige Lebensmittel. Ergebnisse einer Verbraucher:innen-Umfrage. Kantar. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/rtyxe33r>, zuletzt aktualisiert am 11.11.2021, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Verbraucherzentrale Bundesverband (Hg.) (2021b): Verbrauchermeinungen zu Nachhaltigkeit in der Lebensmittelproduktion. Repräsentative Bevölkerungsbefragung. forsa. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/3vzkfu5e>, zuletzt aktualisiert am 18.01.2021, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (2020): Politik für eine nachhaltigere Ernährung. Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten. Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/4umxz25z>, zuletzt geprüft am 08.02.2023.
- YouGov (2022): Inwieweit sind Sie bereit oder nicht bereit, für mehr Tierwohl mehr Geld bei Ihrem Fleischeinkauf auszugeben? Online verfügbar unter <https://tinyurl.com/3vjy7dze>, zuletzt aktualisiert am 13.10.2022, zuletzt geprüft am 23.02.2023.
- Zühlsdorf, Anke; Spiller, Achim; Lemken, Dominic (2022): Mehr Transparenz schaffen. Plädoyer für ein staatliches Klima-/Umweltlabel auf Lebensmitteln. In: Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler und Friedhelm Stodieck (Hg.): Der kritische Agrarbericht 2022. Schwerpunkt: Preis Werte Lebensmittel. Hamm, Westf: Abl Bauernblatt Verlag, S. 340–344.
- Zukunftskommission Landwirtschaft (2021): Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Berlin.